



Niederschrift über die
Sitzung des Sozialausschusses am 26.11.2018

Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Mitglieder des Sozialausschusses: Reingruber, Holzwarth, Rienth, (CDU-Fraktion)

Schaal, Tottmann, Scheurer

Franke, Kelemen, Rentschler (SPD-Fraktion)

Hinderer (bis 17:18 Uhr), Sailer (Freie Wähler)

Messinger, Heß-Naundorf (GRÜNE)

Goll, Payr, Auer (FDP-FW-Fraktion)

Medeck (AfD/Unabhängige)

Hinrichsen (LINKE/ÖDP)

Die stv. Ausschussmitglieder: Krause (SPD)

Heid (bis 17:08 Uhr) (Freie Wähler)

Sturm (GRÜNE)

Entschuldigte Mitglieder: Wittner (CDU)

Bliesener (SPD)

Segan, Jensen (Freie Wähler)

Fazio (GRÜNE)

Ferner:

Sozialerfahrene Bürger

Erster Landesbeamter Kretzschmar

Finanzdezernent Geißler

Sozialdezernentin Böhm

Herr Schwab, Geschäftsführer Job- (TOP 1 und 2)
center

Frau Reimling, Integrationsbeauf- (TOP 2)
tragte

Frau Koslowski, Chancengleich- (TOP 3.4)
heitsbeauftragte

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

Herr Schneider, Amtsleiter Amt für (TOP 3.5)
besondere Hilfen und Flüchtlinge

Frau Gallus, Fachbereichsleiterin (TOP 4)
Sozialhilfe

Herr Dr. Unger, stellvertretender (TOP 5)
Amtsleiter Gesundheitsamt

Frau Bauer-Rabe, Klinikleiterin Win-
nenden

Frau Grünekle, Oberärztin Gynäko- (TOP 3.4)
logie Winnenden

Weitere Mitarbeiter/innen
Presse

Die Schriftführerin:

Kreisobersekretärin Geprägs

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:50 Uhr

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

§ 1

Jahresbericht Jobcenter 2018 und Ausblick 2019

Drucksache 2018/179

Herr Schwab (Geschäftsführer des Jobcenters) verweist auf den Jahresbericht des Jobcenters, welcher in der Drucksache enthalten ist. Er persönlich sei sehr zufrieden mit der Entwicklung des Jobcenters in diesem Jahr. Die gute Konjunktur mache sich deutlich bemerkbar und die Zahl der Arbeitslosen und Leistungsempfänger sei ebenfalls rückläufig. Menschen in Langzeitarbeitslosenbezug beschäftigen jedoch nach wie vor die Mitarbeiter des Jobcenters, da hier die Integration schwieriger werde. Dies stelle auch einen Schwerpunkt in den kommenden Jahren dar. Eher stagnierende Zahlen weisen auch die Kinder im Leistungsbezug im SGB II auf. Kinderarmutsgefährdung werde immer ein Thema bleiben und das Jobcenter auch im Jahr 2019 beschäftigen. Weniger stark von der guten Konjunktur profitieren könne hingegen der Personenkreis der Schwerbehinderten. Auch dieses Thema möchte man in Zukunft noch stärker aufgreifen. Anschließend greift er die aktuelle mediale Diskussion über Hartz IV auf und sagt einige persönliche Worte dazu. Er findet gut, dass über das Thema breit diskutiert werde. Das SGB II sei ein komplexes Rechtsgebiet, dies zeige sich in der täglichen Arbeit bei den Mitarbeitern. Von Seiten der Jobcenter seien bereits zahlreiche Vorschläge gemacht worden, wie das SGB II einfacher gestaltet werden könnte, z.B. durch die Angleichung der Sanktionen bei Jugendlichen und Erwachsenen. Herr Schwab findet es persönlich bedauerlich, dass die öffentliche Diskussion momentan zu wenig inhaltlich geführt werde, sondern mitunter die Arbeit der Mitarbeiter im Jobcenter in ein schiefes Licht gerückt werde. Der Vorwurf, dass beispielsweise die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern Kundinnen und Kunden durch Sanktionierung schikanieren, mache betroffen und spiegele nicht den eigenen Anspruch wieder, Hilfe zu leisten. Um die Arbeit und den Umgang mit den Kunden im Jobcenter besser kennen lernen zu können, bietet Herr Schwab allen Kreisräten an, persönlich vorbeizukommen und auch bei Vermittlungs- und Beratungsgesprächen beizuwohnen und zu hospitieren. Dadurch sollen die Intension und die Arbeitsweise der Mitarbeiter transparenter werden.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich für den Einblick.

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

Kreisrat Hinderer möchte wissen, ob es im Rems Murr Kreis die Problematik im städtischen Bereich höher als im ländlichen Bereich sei. Er verweist als Beispiel auf Stuttgart-Hallschlag.

Herr Schwab antwortet, dass es im Rems-Murr-Kreis nicht so drastische Probleme wie in Stuttgart-Hallschlag gebe. Die vorhandene Problematik solle man dennoch nicht aus den Augen verlieren, auch in den ländlichen Bereichen. Trotz der Tatsache, dass es keine so extremen sozialen Brennpunkte wie in Hallschlag im Rems Murr Kreis gibt, gebe es dennoch Bereiche in denen die soziale Bedürftigkeit konzentrierter sei.

Kreisrat Franke erklärt, weshalb trotz Vollbeschäftigung die Sozialausgaben steigen würden. Man sei durch normale Fördermaßnahmen gar nicht in der Lage, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Hier seien intensive Fördermöglichkeiten für eingeschränkte Menschen die zwar arbeiten können, aber nicht so, dass sie in der Lage seien, sich alleinstehend selbst zu versorgen, nötig. Diese Tatsache sei aber kein alleiniges Problem des Rems-Murr-Kreises. Generell würden Arbeitgeber nur dann Menschen mit Einschränkung beschäftigen, wenn ein Teil des Gehalts gefördert werde. Herr Franke bemerkt, dass man in solche Programme intensiver einsteigen sollte. Ferner sei es für die Zukunft wichtig, dass man Kinder und Familien mehr in den Fokus rücke. Kinder aus Hartz IV Familien hätten schlechtere Chancen beruflich und gesellschaftlich integriert zu werden.

Kreisrat Messinger dankt für den Jahresbericht. Er verstehe die Zahlen so, dass sie sehr deutlich machen, wie umfangreich die Arbeit in diesem Bereich weiterhin sei. Für den Kreis sei es erfreulich, dass sich die Zahlen im sozialen Bereich gebessert hätten, jedoch sei die Zahl der Langzeitarbeitslosen trotz Rückgang immer noch sehr hoch. Er fügt hinzu, dass auch für Kinder, die in solchen Familien leben, ungünstige Voraussetzungen herrschen. Wichtig sei hier, dass Beratungsangebote und Vermittlungsversuche gezielt vorgenommen werden. Es sei eine öffentliche Debatte, ob man grundsätzlich über Alternativen für Hartz IV nachdenken solle. Als wichtigen Punkt sehe er, dass auf Bundesebene nach vielen Jahren der Diskussion durch das Teilhabechancengesetz Förderinstrumente geschaffen worden seien. Er erklärt, dass das Interesse der Fraktion dahingehend bestehe, welche konkreten Planungen diesbezüglich vorliegen und wie viele Personen bisher Fördermittel erhalten hätten.

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

Kreisrätin Sturm möchte wissen, ob die 5500 Kinder, die in der Statistik erwähnt wurden, unter 15 oder unter 25 Jahre seien. Zudem fragt sie, ob es extra Teams für die unter 25-jährigen gebe und was mit den Personen über 58 Jahren geschehe. Sie erklärt, dass in Stuttgart Menschen ohne Anspruch nur noch verwaltet werden. Sie interessiert, wie dieser Sachverhalt im Rems-Murr-Kreis aussehe und welchen Unterschied es mache, wenn gesundheitliche oder betriebsbedingte Gründe für die Arbeitslosigkeit vorliegen. Die Lage der Kinder im Leistungsbezug entschärfe sich laut Kreisrätin Sturm teilweise durch die neue Unterhaltsvorschussgesetzgebung und der Möglichkeit, an vorrangige Leistungen zu verweisen. Sie fragt an, ob es Zahlen zu den Langzeitarbeitslosen gebe, die seit 2005 Leistungen beziehen. Kreisrätin Sturm findet, dass der Sachverhalt in Zeiten der Vollbeschäftigung sehr einseitig dargestellt werde. Viele Leute können nicht so viel arbeiten wie sie gerne würden. Sie fragt, ob es im Rems-Murr-Kreis die Möglichkeit gebe, eine Bonuscard für Kinder einzuführen. Diese gebe es bereits in Stuttgart. Ihr entsteht der Eindruck, dass es den Leistungsbezieher in Stuttgart diesbezüglich besser gehe als im Rems-Murr-Kreis. Als Beispiel nennt sie die Förderung von Schulausflügen oder Mittagessen. Sie stellt die Frage, woran das Fallmanagement bisher orientiert gewesen sei, wenn erst jetzt das beschäftigungsorientierte Fallmanagement ausgebaut werde und wie hoch die Fallzahlen der Leistungsbezieher pro Sachbearbeiter seien. Sie merkt außerdem an, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und dem Jobcenter vor dem Hintergrund des Datenschutzes optimiert werden könnte und möchte wissen, was die risikoorientierte Umsetzung des internen Kontrollsystems bedeute.

Kreisrat Reingruber bemerkt, dass trotz wirtschaftlicher Vollbeschäftigung 13000 Langzeitarbeitslose im Kreis leben. Er stellt sich die Frage ob es Hoffnung gebe, diese Zahl reduzieren zu können und welche Maßnahme wohl am besten greife. Es gebe einen großen Strauß an Maßnahmen, mit denen man die Langzeitarbeitslosen betreue. Bei den Zahlen der Kinder seien die Flüchtlingskinder ebenfalls mit erfasst. Zu diesem Personenkreis solle man noch etwas mehr informieren. Im Namen der CDU-Fraktion bedankt er sich für das Angebot im Jobcenter zu hospitieren. Er schließt für sich zwar die Hospitation aus, wolle aber gerne dem Jobcenter einen Besuch abstatten, um sich ein Bild über die dort herrschenden Umstände zu machen.

Herr Schwab teilt mit, dass es nach § 16i neue Fördermöglichkeiten geben werde. 2019 sollen so

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

bis zu 100 Personen gefördert werden. Hierfür stünden genug finanzielle Mittel zur Verfügung. Es seien 5500 Kinder unter 15 Jahren im Bezug. Im Jobcenter gebe es Teams, die sich speziell um die unter 25-jährigen kümmern. Kinder unter 15 Jahren werden nicht vom Jobcenter extra betreut, da diese noch nicht als voll erwerbsfähig gelten. Zu den Menschen die über 58 Jahre alt seien meint Herr Schwab, dass niemand bei Seite geschoben werde, nur weil dieser nicht mehr vermittlungsfähig sei. Jede Person werde nach den Kompetenzen und Stärken, die die Person von sich aus mitbringt, betreut. Der Betrag von 8,2 Millionen Euro werde voraussichtlich noch benötigt. Diese Zahl sei eine Hochrechnung, sie müsste aber relativ genau stimmen. Die Zahl der Menschen, die seit 2005 im Hartz IV Bezug seien, habe er nicht im Kopf und müsse nachsehen. Dies könne bei Bedarf nachgeliefert werden. Bei Beratungen im Jobcenter werde gezielt die Nutzung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) besprochen und entsprechend beraten. Es werde sich um die Kinder und deren Anspruch in den Bedarfsgemeinschaften gekümmert. BuT laufe aktuell über ein Kartensystem, aktuell seien über 4000 aktive Karten im Umlauf. Das heiße, dass ein Nutzungsgrad von ca. 2/3 vorliege. Im Bundesvergleich sei dies ein hoher Wert. Die Abbuchung der Leistungen durch diese Karte sei unbürokratisch. Auf die Frage der Fallzahlen pro Bearbeiter antwortet er, dass es gesetzlich vorgegebene Betreuungsschlüssel gebe, faktisch habe aber jede Vermittlungsfachkraft im Erwachsenenbereich zwischen 200 und 250 Fälle. Im Jugendbereich sei es pro Vermittlungsfachkraft etwa die Hälfte, so Schwab. Der Fokus liege immer auf Ausbildung und Arbeit. Primär sei der Auftrag, die Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zu reduzieren. Zum Thema Datenschutz erklärt Herr Schwab, dass dieses Thema zwischen dem Jobcenter und dem Jugendamt eine Herausforderung sei. Es gebe aber genug junge Menschen die einwilligen, dass Ihrer Daten zwischen den Ämtern verarbeitet werden dürfen. Aktuell würden 13000 Erwachsene betreut, Langzeitarbeitslose seien es laut Herrn Schwab 1500 Erwachsene. Um dem Arbeitsaufkommen gerecht zu werden habe man viele neue Mitarbeiter zusätzlich eingestellt. Dies habe sich bewährt, sagt Herr Schwab. Die Investitionen in Personal und weniger in arbeitspolitische Maßnahmen hätten das Jobcenter vorwärts gebracht.

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht des Jobcenters 2018 und den Ausblick 2019 zur Kenntnis.

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

Auszüge
Jobcenter

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

2

Sachstandsbericht Integrationsarbeit

Drucksache 2018/182

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass es bei dem Thema Integration zahlreiche Schnittstellen gebe. Es sei jedoch seit April 2017, als der Integrationsplan aufgestellt wurde, noch nicht ganz klar, wie es mit diesem Thema weitergehen werde.

Frau Reimling (Leiterin der Stabstelle Integrationsförderung) erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel dankt für den Vortrag. Die Zahl der Flüchtlinge habe sich seit einem Jahr nicht verändert. Ein großer Dank gehe in diesem Sinne auch an die freien Träger, die die Arbeit gemeinsam mit uns zusammen machen. Es würden tägliche Probleme aufschlagen, mit denen man sich konfrontiert sehe, allerdings seien mittlerweile Strukturen aufgebaut und man könne sich auf die wechselnden Vorgaben vom Land gut einstellen.

Herr Schwab (Geschäftsführer des Jobcenters) ergänzt die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel dankt für die Präsentation.

Kreisrat Kelemen erklärt, dass die letzten zwei Folien seine Fragen beantwortet hätten. Er dankt für die geleistete Arbeit. Allerdings sträuchle er mit den Zahlen, dass nach zwei Jahren Engagement nur 500 Menschen in Arbeit gekommen seien. Man könne zwar sagen, dass das super sei, jedoch seien dies nur 5 Prozent. Man freue sich, falls diese Zahlen nächstes Jahr noch deutlicher aussehen. Der Weg sehe erfolgsversprechend aus, genauso auch wie viel Positives geschehen sei. Als Beispiel werde Probearbeit und Wohnungsvermittlung genannt.

Kreisrat Messinger dankt für die Berichte und die Arbeit. Man müsse weiterhin Kräfte und Ressour-

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

cen bündeln, die Arbeit sei aber offensichtlich erfolgreich. Bei der Integrationsarbeit gehe es im Wesentlichen um Sprache und Arbeit, deshalb sei es erfreulich, dass bereits eine ganze Reihe an Arbeit geleistet wurde. Auf Dauer sei ein Drittel der in Arbeit gebrachten Leistungen aber zu wenig. Wenn es nicht gelinge, die Menschen die bereits hier seien, in Arbeit zu bringen, so bekomme man ein Problem. Die Menschen seien schließlich jetzt da, deshalb müsse man die Integration auch jetzt hinbekommen. Er stellt sich außerdem die Frage, was konkret gemacht werden könne, um noch mehr zu bewirken. Ebenfalls fragt er sich was getan werde, damit der Übergang zwischen Schule und Ausbildung, bzw. Schule und Beruf gut gelinge.

Kreisrat Holzwarth erachtet die letzten Folien der IBA als aussagekräftig, mit der Bitte diese schriftlich zu übermitteln. Es sei bemerkenswert, wie in so kurzer Zeit bereits so eindrucksvolle Zahlen aufgebaut wurden. Ungeachtet der hohen Gesamtzahl der Flüchtlinge, sei die Zahl der Integrierten hoch. Er wolle, dass Kreis und Kommunen weiterhin Hand in Hand arbeiten, da die Zahl noch immer ausbaufähig sei. Diesen Weg müsse man konsequent weitergehen.

Kreisrat Scheurer erinnert, dass manche Fälle in den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge in Plüderhausen dramatisch gewesen seien.

Kreisrat Franke erkennt, dass sich in den letzten zwei Jahren viel getan habe. Allerdings sehe er diese Vorlage etwas problematisch an, da hier aus seiner Sicht den Kommunen ein Vorwurf gemacht werde. Es entstehe der Eindruck, dass Flüchtlingsfamilien bei der Kinderbetreuung benachteiligt werden. Die Formulierung bezüglich des Ehrenamtes könne man sich so nicht gefallen lassen. Wenn man das Ehrenamt fördern und ausbauen wolle, müsse man an der einen oder anderen Stelle etwas mehr tun. Die Entwicklung, dass Flüchtlinge in Arbeit vermittelt werden können, findet er toll. Als Grundlage für gute Integration sei Bildung und Sprache das Wichtigste.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses, in der beschlossen wurde, dass Folien nicht mehr in Papierform ausgehändigt werden. Diese seien in den Informationssystemen hinterlegt. Auf Wunsch könnten einzelne Präsentationen dennoch ausgehändigt werden.

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

Kreisrätin Sturm erkundigt sich bei Herrn Schwab, ob die Sanktionen nur die Leute betreffe, die kein Deutsch sprechen, bzw. wie Sanktionen aussehen, wenn nicht an den Spracherwerbskursen teilgenommen werde.

Herr Dr. Sigel betont, dass niemandem ein Vorwurf gemacht werden solle. Als Ziel gelte es, pragmatische Lösungen zu finden. Gerade Kinderbetreuungsplätze seien endlich und die Neuschaffung dieser sei eine riesen Herausforderung. Es handle sich auch um keinen Vorwurf, sondern gegenteilig um eine bloße Wahrnehmung der Fakten. Schließlich seien dies die Herausforderungen, die sich im alltäglichen Leben stellten. Man versuche diesbezüglich einiges in der Fläche zu erreichen. Das Land habe mit dem Pakt für Integration Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen alle Maßnahmen die rechtens seien, ergriffen werden. Zum Thema Einzelfallbetreuung ergänzt er, dass es dort wo vielen Menschen seien, auch individuelle Betreuung geben müsse.

Herr Schwab stellt klar, dass bei den Sanktionen kein Unterschied gemacht werde. Es werden zwischen Leistungsbezieher und Jobcenter Vereinbarungen getroffen, deren Erwartungen beide Parteien zu erfüllen haben. Werden diese Erwartungen eben nicht erfüllt, so werde sanktioniert. Diese Regelung gelte auch für Flüchtlinge. Das BAMF habe bereits auf die hohen Durchfallquoten bei den B2-Prüfungen reagiert. Ab dem kommenden Jahr werde in den Kursen das Stundenvolumen erhöht. Zusätzlich werde in den Fällen, in denen das Sprachniveau nicht erreicht werde, versucht noch stärker Qualifizierung und Sprache miteinander zu verbinden. Gegebenenfalls geschehe dies ohne Zertifikat des Spracherwerbs B2, aber die Sprache für den beruflichen Alltag sei dennoch gewährleistet. Man spreche auch über Kinderbetreuung mit Sprachkursen. Beispielsweise werde im Januar ein weiterer Sprachkurs mit Kinderbetreuungsmöglichkeit angeboten. Ferner solle die Berufsberatung auch eng mit den Schulen zusammenarbeiten.

Frau Reimling sieht die Hauptaufgabe in Koordination und Steuerung im Integrationsbereich, man müsse sich an einen Tisch setzen und den Übergang der 18-jährigen in der Gemeinde im Detail vor Ort besprechen. Dies werde so bereits in einigen Städten und Gemeinden gemeinsam mit dem Kreisjugendamt erfolgreich gehandhabt.

Landrat Dr. Sigel erklärt, man sei im Team in den Städten und Gemeinden unterwegs. Es käme

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

immer vor, dass unbegleitete minderjährige Ausländer entlassen werden. Wichtig jedoch sei, dass Beteiligte Städte und Gemeinden miteinander sprechen. Gleichfalls sei das Jugendamt um einen engen Austausch bemüht. Es gebe immer gewisse Lücken im System, aber grundsätzlich sei man auf einem guten Weg. Das zentrale Ziel der Arbeit solle sein, dass man ineinander greife und zusammen arbeite.

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandbericht Integrationsarbeit zur Kenntnis.

Auszüge
Stabsstelle für Integrationsförderung
Jobcenter

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

§ 3.1

Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2019 des Kreissozialamts

Drucksache 2018/181

Frau Böhm erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Sie weist darauf hin, dass es hierbei ausschließlich um die Beratung des Kreissozialamts gehe.

Landrat Dr. Sigel dankt für den Vortrag. Es wäre versucht worden zu veranschaulichen, wo das Geld hinfließe. Die Zahlen und die entsprechenden Bedarfe hätten dies aufgeschlüsselt.

Kreisrat Messinger kritisiert die komprimierte Darstellung. Allerdings verstehe er, dass der Sachverhalt nicht einfach in kurzer Zeit darzulegen sei. Es sei ebenso klar, dass durch das Gesetz geregelt sei, was vom Kreis zu leisten ist. Hierbei sei wichtiger zu wissen, wie der Bund unterstützen und den Kreis entlasten könne. So erhalte man beispielsweise durch das neue Bundesteilhabegesetz für die Jahre 2017-2019 einen Entlastungsbetrag durch das Land. Er lobt, dass der Kreis versuche so früh wie möglich in diese Thematik einzusteigen. Er erkundigt sich, wie es sich auf den Haushalt auswirke, wenn die existenzsichernde Leistung aus der Eingliederungshilfe herausgelöst würde? Der Bundesanteil der Kosten der Unterkunft sei wieder reduziert und belaste nun mit 2,1 Mio. Euro den Haushalt.

Kreisrat Franke führt aus, dass man bei der Vielzahl an hilfsbedürftigen Menschen froh sein könne, dass es den Sozialhaushalt gebe. Der steuerbare Anteil sei finanziell nur kleine Kosmetik und ein kleiner Anteil an dem was man machen könne.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass es der Anspruch gewesen sei, die Beratungen komprimiert zu erfassen. Die Verschlechterung von 2,1 Mio. Euro sei derzeit gesetzt. Zum aktuell gegebenen Zeitpunkt müsse man diesen Betrag hinnehmen. Das eher trockene Rundschreiben vom Land habe den Kreis kalt erwischt.

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

Kreisrat Messinger weist nochmals auf seine gestellte Frage bezüglich der Auswirkungen auf den Haushalt bei Herauslösen der existenzsichernden aus der Eingliederungshilfe hin.

Frau Böhm erklärt, dass man dies noch nicht abschätzen könne, derzeit jedoch diese Leistungen auch schon extra verbucht werden. Ein wichtiges Thema sei jedoch in dem Zusammenhang noch der strukturelle Aufbau des Kreissozialamts. Hierbei unterstütze die derzeitige Organisationsuntersuchung.

Der Sozialausschuss nimmt von den Entwicklungen des Sozialhaushalts im Bereich des Kreissozialamts Kenntnis.

Auszüge
Kreissozialamt

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

§ 3.2

Zuschussanträge zum Haushalt 2019

Drucksache 2018/195

Da die Formalien der Verwaltung in den Formblättern klar beschrieben seien, wird auf Vorschlag von Landrat Dr. Sigel direkt über die Haushaltsanträge entschieden.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Antrag der Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz und des Kreisdiakonieverbands:

1. Der Zuschuss an den Caritasverband und des Kreisdiakonieverbands für den sozialpsychiatrischen Dienst wird ab dem Jahr 2019 um 6.551,71 Euro (3,11 %) auf 217.218,71 Euro erhöht
2. Im Planansatz des Haushaltsjahres 2018 wird der Betrag von 217.218,71 Euro (Erhöhung um 6.551,71 Euro) bereitgestellt.

Kreisrat Messinger ist bei dem Haushaltsantrag der Erlacher Höhe befangen und zieht sich in den Zuhörerraum zurück.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Antrag der Erlacher Höhe:

1. Der Zuschuss an die Erlacher Höhe für die Fachberatungsstelle für Menschen mit Hilfebedarf nach § 67 SGB XII in Backnang wird ab dem Jahr 2019 um 6713 Euro (3,25 %) auf 213.013 Euro erhöht.
2. Im Planansatz des Haushaltsjahres 2019 wird der Betrag von 213.100 Euro (Erhöhung um 6.800 Euro) bereitgestellt.

Kreisrat Messinger nimmt wieder an der Sitzung teil.

Landrat Dr. Sigel bezieht sich auf den Antrag der pro Familia und heißt Frau Keller-Mannschreck

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

vom Projekt „Flügel“ willkommen. Er merkt an, dass das Projekt 2019 noch durchfinanziert werde und gut laufe. Nach intensiver Diskussion habe die Verwaltung jedoch keinen Bedarf an einer Erhöhung des Zuschusses gesehen, da der Zuschuss bereits bis einschließlich 2019 beschlossen sei. Man sei ursprünglich von 4.000 Euro gekommen und sehr deutlich in die Höhe gegangen. Dies sei in die Bewertung eingeflossen.

Kreisrat Kelemen kann dem Beschlussvorschlag nicht komplett zustimmen. Angesichts der bisher gut geleisteten Arbeit schlägt er abweichend vom Verwaltungsvorschlag einen Einmalbeschluss für das Jahr 2019 in Höhe von 5.000 Euro vor. Dieser Vorschlag solle der Anerkennung der bisher gut geleisteten Arbeiten dienen.

Kreisrat Reingruber stellt der Landkreisverwaltung die Frage, wie es weitergehen solle. Man hangle sich von Jahr zu Jahr und spiele nur auf Zeit. Er fordert eine zentrierte Aussage der Verwaltung, unabhängig vom Haushalt. Auch möchte er wissen, wie sich die Thematik auf das kreiseigene Projekt „Soforthilfe nach Vergewaltigung“ auswirke. Hiervon würde er es abhängig machen, wie weiter verfahren werden könne.

Kreisrätin Goll zeigt sich nicht glücklich über die Stellungnahme. Sie sei zu formal formuliert. Man habe bereits einen Beschluss gefasst, wobei sich der Kreis nicht heraus gehalten habe. Dies werde auch alles anerkannt, jedoch passe eine rein formale Ablehnung nicht zu den Fakten. Die Zahlen seien vorhanden. Sie ist auch der Meinung, dass sich Krankenkassen nicht aus der Verantwortung ziehen dürften. Sie wagt die Prognose, dass dies eine Pflichtaufgabe werden könnte.

Kreisrat Messinger schließt sich seinen Vorrednern an. Der Beschluss wurde bereits im Jahr 2016 gefasst. Bestandteil dieser Beschlussfassung war, dass sich die Beratungszahlen deutlich erhöhen. Es gehe hier um eine Problematik, die immer mehr thematisiert und auch zukünftig im Landkreis präsent sein werde. Diesem Thema werde nächstes Jahr erneut Beachtung geschenkt werden müssen. Dem Antrag solle Rechnung getragen werden, zumindest hälftig mit ca. 8.000 Euro, so Kreisrat Messinger.

Kreisrat Franke ergänzt, dass die statistischen Zahlen eine Erhöhung des Zuschusses hergeben

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

würden. Bei der Überlegung den Betrag für das Jahr 2019 aufzustocken, müsse man im nächsten Jahr vom Grundsatz her diskutieren, ob die Finanzierung überhaupt Aufgabe des Landkreises sei. Auch inwiefern die vorhandenen landkreiseigenen Anlaufstellen vergleichbare Arbeiten erledigen. Nach seiner Meinung sollte nächstes Jahr über das Thema diskutiert und dann entschieden werden, wie weiter zu verfahren sei.

Landrat Dr. Sigel stellt klar, dass man die Thematik nicht formal abbügeln wolle. Die Arbeit werde sehr wertgeschätzt und erhalte große Bedeutung. Er müsse jedoch auch die Rolle einnehmen, den Blick auf das Gesamte zu haben. Zentraler Baustein und Aufgabe sei es, den Haushalt zu konsolidieren. Man müsse das Jahr 2019, welches durchfinanziert sei, abwarten, um dann im Jahr 2020 in der Gesamtbetrachtung einen Vorschlag zu machen und in das Gespräch eingehen zu können. Er teilt mit, dass man eine gewisse Erhöhung vornehmen und 8.000 Euro in diesem Jahr zusätzlich zur Verfügung stellen könne, um anschließend das Thema in Ruhe aufarbeiten zu können.

Kreisrat Reingruber findet die Lösung insgesamt etwas unbefriedigend, schließlich würden die Zahlen der pro Familia stark steigen. Er könnte sich vorstellen, eine weitere Bezuschussung zu unterstützen, möchte aber der Verwaltung dringend auf den Weg geben, die Angelegenheit im nächsten Jahr kund zu geben. Er gehe davon aus, dass die Finanzierung letztendlich eine Aufgabe des Kreises sei. Es müsse zwingend überlegt werden, wie die Programme des Landkreises und der pro Familie künftig finanziert werden und wie beide Programme ineinander greifen.

Kreisrat Auer würde dem Antrag über 8.000 Euro zusätzlicher Bezuschussung für das Jahr 2019 zustimmen und schließt sich den Forderungen von Kreisrat Reingruber an.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich bei 10 Nein-Stimmen den vom Ausschuss modifizierten Antrag der pro Familia.

Der Zuschuss an pro Familia für das Angebot Flügel wird im Haushaltsjahr 2019 um zusätzliche 8.000 Euro erhöht.

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Antrag vom Hilfsverein für psychisch Kranke Rems-Murr e.V.:

1. Der Zuschuss an den Hilfsverein für Psychisch Kranke e.V. wird ab dem Jahr 2019 um jährlich 960 Euro erhöht.
2. Im Planansatz des Haushaltsjahres 2019 wird der Betrag von 306.000 Euro (Erhöhung um 1.000 Euro) bereitgestellt.
3. Die Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 720 Euro werden durch allgemeine Restmittel gedeckt.

Auszüge
Sozialamt

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

§ 3.3

Anträge zum Haushalt 2019

Drucksache 2018/195/1

Landrat Dr. Sigel regt an, die Anträge der Fraktionen zügig durchzugehen und bittet um kurzes Signal bei Wortmeldungen. Ausdrücklich loben möchte er die gehaltvollen Anträge der Fraktionen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Antrag der CDU-Fraktion:

- 1.) Der Zuschuss an den Kreissenorenrat wird ab dem Jahr 2019 um 1.000 Euro auf 4.000 Euro erhöht.
- 2.) Der bereits bereitgestellt Zuschuss von 3.000 Euro an den Kreissenorenrat wird um 1.000 Euro erhöht.

Der Ausschuss nimmt den Antrag der SPD-Fraktion, Bericht über die Umsetzung des Kreispflegeplans unter Berücksichtigung der Vorgaben der Landesheimbauverordnung, zur Kenntnis.

Kreisrat Scheurer erkundigt sich, ob es sich bei dem Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik um ein soziales Thema handle.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass die Thematik bislang bei der Fachstelle Demokratieförderung und Rechtsextremismus angesiedelt war. Hier wurde es nun herausgelöst und fällt unter den sozialen Bereich, da der Ausschuss hiermit auch schon befasst war. Es handelt sich jedoch um ein Schnittstellenthema.

Der Ausschuss stimmt einstimmig dem Antrag der SPD-Fraktion zu.

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

Der Kreistag Rems-Murr wird jährlich, nach Bekanntgabe der PKS durch das IM BW, vom Präsidenten des Polizeipräsidiums Aalen über die aktuelle Kriminalitätsbelastung und Sicherheitslage im Rems-Murr-Kreis informiert. Im Rahmen dieses jährlichen Berichtes stellt auch der Landrat die aktuelle Lage der Kommunalen Kriminalprävention (KKP) im Landkreis vor.

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Unterstützungsangebote für Junge Pflegende – Young Carer – sichtbar machen, zur Kenntnis.

Kreisrat Franke ergänzt, dass sich die Kinderhospizdienste bereits lange Zeit intensiv um diesen Personenkreis kümmern.

Landrat Dr. Sigel nimmt diesen Hinweis dankend an.

Der Ausschuss nimmt den Antrag der FDP/FW-Fraktion, Projekt „Gesunder Rems-Murr-Kreis“ bei dem das Thema „zunehmender Ärztemangel“ und das Modellprojekt „Sektorenübergreifende Versorgung in Baden-Württemberg“ aufgegriffen werden, zur Kenntnis.

Kreisrätin Goll merkt an, dass sie bei diesem Thema auf mehr Euphorie gehofft hatte. Andere Landkreise hätten bereits etwas in diesem Bereich erarbeitet. Es handle sich um eine Angelegenheit, die zeitnah erledigt werden müsse.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man jeden Antrag kontinuierlich aufarbeite und die Anliegen auf jeden Fall mitnehmen werde.

Der Ausschuss nimmt den Antrag der FDP/FW-Fraktion, die Ziele der UN- Behindertenrechtskonvention auf Kreisebene umzusetzen, Inklusionsstrategien bzw. Konzepte für den Rems-Murr-Kreis zu entwickeln und eine Inklusionskonferenz einzuberufen, zur Kenntnis.

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

Auszüge
Sozialamt

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

§ 3.4

Vorstellung des Projekts „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung – Der Rems-Murr-Kreis als Modellregion“

Drucksache 2018/187

Frau Koslowski (Chancengleichheitsbeauftragte des Landratsamtes) und Frau Dr. Grüneklee (Rems-Murr-Klinikum Winnenden) erläutern die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel dankt für die Präsentation und die gute Zusammenarbeit.

Kreisrat Rienth bringt Bedenken hinsichtlich der Speicherung der Daten von einem Jahr vor. Er bemerkt, dass diese doch auch 10-15 Jahre gespeichert werden könnten.

Frau Koslowski kann nicht genau sagen, wie es zu diesen Zeiten komme. Die Verwaltung der Daten übernehme eine Stelle in Heidelberg. Frau Dr. Grüneklee vermutet, dass es sich hierbei um ein Kapazitätsproblem handeln könnte.

Die CDU Fraktion stimme dem Vorschlag der Verwaltung natürlich zu, so Kreisrat Reingruber. Die Fraktion finde die Sache gut. Man werde auf längere Sicht sehen wie das Projekt anlaufe. Auf jeden Fall wolle man noch einmal hören, wie es dem Kreis, auch im Zusammenspiel mit der pro Familia, gehe.

Kreisrat Auer teilt mit, dass seine Fraktion ebenfalls zustimme. Er bemerkt, dass ein Jahr Speicherung immer noch besser sei, als Garnichts. Zwar sei eine längere Speicherung nach seiner Ansicht sinnvoll, jedoch erkenne er auch das Kapazitätsproblem. Die Polizei vermute bei dem Thema Vergewaltigung eine hohe Dunkelziffer. Er erhoffe sich deshalb durch das Projekt auch ein gewisses „Hellfeld“.

Kreisrat Hinderer kritisiert die Erstellung von Flyern. Vielmehr plädiert er für eine Aktualisierung und

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

Anpassung der Homepage.

Kreisrat Franke fände es schön, wenn der der Rems-Murr-Kreis als Vorreiter in diesem Sinne fungiere. Bei einem solchen Projekt sollte man erst recht Hilfe leisten. Er sichert volle Unterstützung zu.

Kreisrat Messinger bekundet ebenfalls seine Unterstützung. Er wünscht, dass die Ergebnisse und Auswirkungen im nächsten Jahr noch einmal dargestellt werden.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass er über die Gründe der Aufbewahrungsdauer von einem Jahr selbst auch nur spekulieren könne. Eine zeitnahe strafrechtliche Verfolgung nach einer solchen Tat sei jedoch das Ziel.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag:

1. Der Sozialausschuss beschließt die Teilnahme des Rems-Murr-Kreises als Modellregion.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die dafür notwendigen Haushaltsmittel in den Haushaltsplanentwurf 2019 und in den Folgejahren aufzunehmen.

Auszüge
Sozialamt

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

§ 3.5

Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2019 des Amts für (Besondere Hilfen und) Flüchtlinge Drucksache 2018/190

Landrat Dr. Sigel führt in die Thematik ein. Er erklärt, dass man sich mittlerweile auf einem gutem Weg befinde, auch wenn es schwieriges Terrain sei.

Herr Schneider erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. In dem Vortrag werden u. a. die Erstattung der Kosten für die vorläufige Unterbringung, Aufwendungen für anschlussuntergebrachte Asylbewerber und Geduldete, Kosten durch sogenannte Fehlbeleger und finanzielle und personelle Auswirkungen sowie Folgekosten thematisiert.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass monatlich noch bis zu 30 Zuweisungen von Flüchtlingen zu bewerkstelligen seien. Zu Beginn der Flüchtlingswelle seien es teilweise 1.000 Flüchtlinge pro Woche gewesen. Dementsprechend befinden sich die Zahlen momentan auf einem niederen Niveau. Er betont, dass man insgesamt optimistisch sei und das Land auch zu seinen Zusagen was die Spitzabrechnung betreffe stehe. Risiken blieben aber und der Kreis wird am Ende wohl auch einen Millionenbetrag getragen haben. Nichts desto trotz werde nun an vielen Stellen auf der Arbeitsebene nachgefragt. Hier würden sich nun Lücken im System bemerkbar machen, die für eine solche Flüchtlingswelle nicht vorgesehen waren. Der Koalitionsvertrag sehe eigentlich für die gesamte Legislaturperiode die Beibehaltung der nachgelagerten Spitzabrechnung vor. Die Fehlbeleger seien nach wie vor ein großes Thema, das nun auch bei den umliegenden Landkreisen aufkomme. Man sei jedoch in einem guten Modus mit allen Städten und Gemeinden und befinde sich insgesamt auf einem guten Kurs.

Kreisrat Reingruber dankt für den Vortrag. Er ermutigt, dass man an der Spitzabrechnung festhalten und dranbleiben solle. Er erkundigt sich, ob es eine Übersicht über den Status der Flüchtlinge gebe.

Herr Schneider erläutert die Frage anhand einer Folie. Aktuell werde ein überwiegender Teil der

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 24

Öffentlich

Flüchtlinge nicht anerkannt. Die Kosten im Bereich der Anschlussunterbringung würden aus diesem Grund ansteigen, da nur anerkannte Flüchtlinge in den Leistungsbezug des Jobcenters fallen. Ein Großteil würde im Leistungsbezug des Amtes für besondere Hilfen und Flüchtlinge bleiben und sich auch noch erweitern.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass die genauen Zahlen noch nachgeliefert werden können. Er verweist diesbezüglich auch auf den Newsletter des Landratsamtes und erklärt, dass die Abschiebezahlen jedoch oft an faktischen Dingen scheitern, weshalb die Quote überschaubar sei.

Kreisrat Messinger findet es bemerkenswert, wie sachlich man heute über dieses Thema sprechen könne. Es sei eine wirklich schwierige Aufgabenstellung gewesen, welche gut bewältigt wurde. Hier seien auch die vielen Ehrenamtlichen hervorzuheben. Alles sei gut organisiert gewesen und mit der Aufgabenstellung wurde gut umgegangen. Er dankt für die gute Arbeit.

Landrat Dr. Sigel fasst zusammen, dass man auf einem gutem Weg sei. Allerdings sei es noch ein Stück Arbeit das den Kreis erwarte.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zum Haushaltsplanentwurf des Amtes für (besondere Hilfen und) Flüchtlinge zur Kenntnis.

Auszüge

Amt für besondere Hilfen und Flüchtlinge

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 25

Öffentlich

§ 4

Sachbericht und aktuelle Entwicklungen im Bereich Pflegestützpunkt

Drucksache 2018/180

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man dieses Thema abseits der Haushaltsberatungen nicht vorenthalten wolle. Der Beschlussvorschlag werde zum Anlass genommen, einen kurzen Einblick in das Thema Pflege im Landkreis zu geben, insbesondere welche Möglichkeiten und Bedarfe vorhanden seien.

Frau Gallus erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Kelemen merkt an, dass er das Vorgehen in Backnang auch gerne aufgreifen würde und es ihm gut gefalle. Man müsse jedoch aufgrund der Entfernungen über den Standort Backnang sprechen. Man komme besser zusammen, wenn es ein dauerhaftes Angebot gebe. Seines Erachtens wäre es notwendig den Standort Backnang anzugehen. Er stimmt der Erhöhung des Personals zu, denn das Pflegestärkungsgesetz bringe in eine komfortable Situation. Schön sei auch, wie viele Beratungen das Landratsamt durchgeführt habe und richtig eingestiegen sei. Mehr loben könne er nicht.

Kreisrat Auer interessiert sich, wie der Landkreis die weitere Erhöhung des Personals bewerte und ob es außer den Anfragen aus Backnang und Murrhardt auch andere Anfragen von Gemeinden gegeben hätte. Außerdem möchte er wissen, wie es sich in anderen Landkreisen mit dem Thema Pflegestützpunkt verhalte und ob die durch das neue Landespflegestrukturgesetz vorgesehenen Pflegekonferenzen in einem zusätzlichen Arbeitskreis durchgeführt werden oder was die Landkreisverwaltung hierzu vorsehe.

Kreisrat Reingruber stimmt im Namen seiner Fraktion der Erhöhung des Personals zu. Er möchte noch wissen, wie es mit dem geplanten Pflegestützpunkt in Backnang vorangehe.

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

Kreisrat Messinger dankt für den Bericht und die Zahlen. Er findet es allerdings höchst notwendig, die Personalstelle zu besetzen und ist erstaunt, dass dies bisher noch nicht geschehen ist, da der Bedarf vorhanden sei. Einerseits stellt sich ihm die Frage, wie viele Vollzeitkräfte erforderlich wären, um das Beratungsangebot abdecken zu können, andererseits müsse man jedoch auch die Finanzierung betrachten. Auch erkundigt er sich, welche Funktionen zentral am Standort Waiblingen abgearbeitet werden und wann es wichtig sei, dezentral vor Ort zu sein.

Kreisrat Scheurer betont, dass der Pflegestützpunkt gute Arbeit leiste. Er fände es wünschenswert, wenn der Stützpunkt auch für die Kurzzeitpflege eine Person zur Verfügung stellen könnte.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass eine Stelle bereits im Stellenplan vorhanden sei, jedoch wurde nun der Anlass nun genutzt, um aufgrund der neuen Finanzierung darüber zu berichten.

Frau Böhm erklärt, dass ein Vollzeitäquivalent nun zu zwei Dritteln finanziert werde. Rein rechnerisch würden dem Landkreis 8 Vollzeitäquivalente zustehen, jedoch müsse der Antrag 2019 noch gestellt und rechtzeitig in den Ausschuss gegeben werden.

Frau Gallus ergänzt, dass man erst 2019 genau wisse, welche Kosten auf der Kreisverwaltung sitzen bleiben. Im Januar werde im Kreispflegebeirat darüber noch diskutiert, sowie über die Verortung. Man müsse nochmals auswerten, ob es Orte gebe in denen mehr Senioren wohnen, wie die Wege seien. Die Lage im Rems-Murr-Kreis müsse konzeptionell überlegt werden. Auch die Vor- und Nachteile der Pflegebörse müssten nochmals durchdacht werden. Der Antrag für den zweiten Pflegestützpunkt in Backnang ruhte aufgrund der Gesetzesänderung, werde nun aber unter neuen Rahmenverträgen wieder aufgenommen und müsse bis zum 31.12.2021 fertiggestellt sein.

Landrat Dr. Sigel betont, dass die Pflege in der Zukunft als Priorität 1 gesehen werde. Man habe nun neue Möglichkeiten, die man auch ausschöpfen möchte. Um das Beratungsangebot sicherzustellen seien laut Papier bis zu 8 Vollzeitkräfte vorhanden, die allerdings nur zu einem Drittel vom Kreis zu finanzieren wären. Dies wolle man auf Grundlage der neuen Gesetzeslage im neuen Jahr gemeinsam aufarbeiten.

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 27

Öffentlich

Frau Gallus teilt mit, dass der Rems-Murr-Kreis sehr niedrig gestartet sei, während umliegende Landkreise bereits besser ausgestattet wären. Man müsse hier deutlich nachjustieren. Das zeige sich auch an dem vorgegebenen Verteilerschlüssel.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man auch eine entsprechende Konzeption benötige, um die Förderung zu beantragen.

Frau Gallus informiert, dass die Fallkonferenzen zum Teil bereits praktiziert werden. Es habe wunderbar funktioniert, alle an einen Tisch zu bekommen.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Sozialausschuss nimmt vom Sachstandsbericht des Pflegestützpunktes Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss stimmt der Besetzung von weiteren 0,5 VZÄ des Pflegestützpunktes zu.

Auszüge
Sozialamt

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 28

Öffentlich

§ 5

Verstetigung des Krisen-, Klärungs- und Vermittlungsdienstes (KKV)

Drucksache 2018/155

Landrat Dr. Sigel stellt dem Sozialausschuss Herrn Dr. Unger vor. Er informiert, dass es an der Spitze des Gesundheitsamtes einen fliegenden Wechsel gab und Herr Dr. Unger nun in die Fußstapfen von Herrn Müller treten werde. Er verweist darauf, dass die Thematik des Krisen-, Klärungs- und Vermittlungsdienstes bereits vorgestellt wurde und nun im Paket mit dem Haushalt beschlossen werden solle. Deshalb seien auch keine weiteren Sachvorträge oder Präsentationen vorgesehen.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Sozialausschuss beschließt die Verstetigung des „Krisen-, Klärungs- und Vermittlungsdienstes“ ab 2019.
2. Kreisdiakonieverband Rems-Murr und Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz werden Personalaufwendungen für 1 Stelle (S12), sowie die Sach- und Gemeinkosten nach den Sätzen der KGSt erstattet.

Auszüge
Gesundheitsamt

Niederschrift Sitzung des Sozialausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 29

Öffentlich

§ 6

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Lea Geprägs